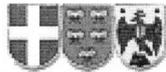
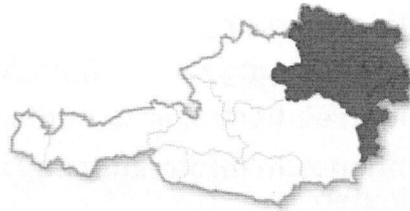


HAUPTVERBAND DER ALLGEMEIN BEEIDETEN UND GERICHTLICH
ZERTIFIZIERTEN SACHVERSTÄNDIGEN ÖSTERREICHS

LANDESVERBAND WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND



Workshop zu aktuellen Fragen des Zertifizierungsverfahrens

Agenda

- Begrüßung, Ziele der Veranstaltung
- Grundlagen des Prüfungsverfahrens
- Praktischer Ablauf, Kommunikation
- Sicht der Vorsitzenden
- Sicht der Prüfenden, Diskussion
- Resumee

Ziele

- Qualitätssicherung
- Vereinheitlichung der Verfahrensabwicklung
- Definition einheitlicher Grundlagen
- Klärungen zum Informationsaustausch mit den Kandidaten
- Vereinheitlichung der Kriterien zur Beurteilung von Prüfungsergebnissen:
 - ▶ Fragebeantwortungen
 - ▶ Gesamte Prüfung (pro FG)
- Einheitliche Dokumentation der Prüfung
- Beantwortung von offenen Fragen

Eintragungsvoraussetzungen

- Sachkunde
- Verfahrensrechtskunde
- Gutachtensmethodik
- Berufserfahrung, Ausstattung
- Geschäftsfähigkeit, persönliche Eignung
- Vertrauenswürdigkeit
- Staatsangehörigkeit
- gewöhnlicher Aufenthaltsort oder Ort der Berufstätigkeit
- geordnete wirtschaftliche Verhältnisse
- Bedarf

- Vor Eintragung: Haftpflichtversicherung

Eintragungsverfahren

- Antrag, Auswahl der Fachgebiete
- Vorprüfung der Präsidentin / des Präsidenten
- Vorbereitung der kommissionellen Prüfung
- Kommissionelle Prüfung
- Begründete Stellungnahme
- Erlassung eines Bescheides
- Beidigung und Eintragung

Berufserfahrung

§ 2 Abs 2 Z 1 lit b fordert eine zehn- oder fünfjährige, möglichst berufliche Tätigkeit in verantwortlicher Stellung auf dem bestimmten oder einem verwandten Fachgebiet. Daher ist für den geforderten Zeitraum unmittelbar vor der Antragstellung für jedes Fachgebiet eine solche eigenverantwortliche Tätigkeit nachzuweisen, die als Schwerpunkt und im Rahmen eines wesentlichen Anteils der Arbeitszeit erbracht wurde. Eine bloße Befassung mit sachverwandten Themen und Bereichen eines Fachgebietes im Allgemeinen ist dafür nicht ausreichend. Die Befassung mit der Materie muss vielmehr von einer fachlichen Tiefe sein, die aufgrund der dabei gewonnenen Erfahrungen eine selbständige sachverständige Beurteilung von einschlägigen Problemstellungen ermöglicht.

Persönliche Eignung

Das Berufsrechts-Änderungsgesetz 2017 hat in § 2 Abs 2 Z 1 lit d SDG an die Stelle der Voraussetzung der „körperlichen und geistigen Eignung“ den Begriff der „persönlichen Eignung“ gesetzt, wie sie für die Erfüllung der mit der Ausübung der Tätigkeit des Sachverständigen verbundenen Aufgaben erforderlich ist.

Damit wird besser als bisher zum Ausdruck gebracht, dass neben Sachkunde und Berufserfahrung auch persönliche Eigenschaften der Kandidatinnen und Kandidaten in die Beurteilung einfließen können.

Kommissionelle Stellungnahme

- **Zertifizierungskommission**
 - **Vorsitzender (Richter) + 2 Beisitzer**
 - **unparteiisch, qualifiziert, unabhängig**
 - **dokumentierte mündliche, nicht öffentliche Prüfung = begründete Stellungnahme**
- **Prüfungsfelder**
 - **Sachkunde**
 - **Verfahrensrechtskunde**
 - **Gutachtensmethodik**
 - **Berufserfahrung**
 - **erforderliche Ausrüstung**

Beeidigung und Eintragung

- **Gesamtbetrachtung**
 - **allenfalls weitere Ermittlungen**
 - **Eintragung für fünf Jahre**
 - **Beeidigung**
- **Seit 2014: Über den Antrag auf Eintragung ist mit Bescheid zu entscheiden (§ 4 Abs 3 SDG)!**

Rechtsschutz seit 2014

§ 11 SDG: Gegen den Bescheid, mit dem der Antrag auf Eintragung oder Rezertifizierung ab- oder zurückgewiesen oder die Eigenschaft als allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger entzogen wird, steht die Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht zu.

Schreiben an Kandidaten

Sehr geehrter Herr XXXXXXX!

Bei der Prüfung Ihres Antrages hat sich folgende Unklarheit herausgestellt:

Nach § 2 Abs 2 Z 1 lit b Sachverständigen- und Dolmetschergesetz ist eine zehn- oder fünfjährige, möglichst berufliche Tätigkeit in verantwortlicher Stellung auf dem bestimmten oder einem verwandten Fachgebiet Eintragungsvoraussetzung. Daher ist für den geforderten Zeitraum unmittelbar vor der Antragstellung für jedes Fachgebiet eine solche eigenverantwortliche Tätigkeit nachzuweisen, die als Schwerpunkt und im Rahmen eines wesentlichen Anteils der Arbeitszeit erbracht wurde. Eine bloße Befassung mit sachverwandten Themen und Bereichen eines Fachgebietes bzw. der IT im Allgemeinen ist dafür nicht ausreichend. Die Befassung mit der Materie muss vielmehr von einer fachlichen Tiefe sein, die Ihnen aufgrund der dabei gewonnenen Erfahrungen eine selbständige sachverständige Beurteilung von einschlägigen Problemstellungen ermöglicht.

Aus den von Ihnen übermittelten Unterlagen gehen solche als Schwerpunkt und in wesentlichem oder überwiegendem Rahmen erbrachten Tätigkeiten für das nachstehende, beantragte Fachgebiet nicht hervor.

Das betrifft vor allem eigene, fachliche Tätigkeiten in den letzten 5 Jahren im nachstehenden Bereich:

68.62 Forensische Datensicherung, Datenrekonstruktion, Datenauswertung

Bitte übermitteln Sie entsprechende Unterlagen bis zum 12.10.2016, damit diese der Kommission zur Prüfung vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Der vorsitzende Richter
der Begutachtungskommission:

Sicht der Vorsitzenden

- Nahebeziehung / Kennen von Kandidaten
- Sachkundebefreiung beachten
- Fragen schriftlich (nicht handschriftlich) vorbereiten
- Dokumentation: Antworten, Wissenslücken, Endergebnis, möglichst in Prozentsätzen, wenn negativ, muss alles in Worte gefasst werden
- Zeit einhalten (ca. 20 Minuten pro Prüfendem)
- Prüfungscharakter wahren: Ziel ist nicht Wissensvermittlung an Kandidaten!
- Bei vorhergehender schriftlicher Prüfung mündliche nicht ohne Vorsitzenden beginnen

Vorsitzende

Beispiel für die Begründung eines negativen Ergebnisses im Protokoll:

Der Kandidat konnte von den an ihn gestellten Fragen (von 6 Fragen nur 1 und von 7 Fragen nur eine) halbwegs zufriedenstellend beantworten.

Insbesondere fehlte die Kenntnis der wesentlichen Fachnamen und fachliche Grundlage (zB ÖNORM 2110, B2222 oder 16301).

Im rechtlichen Teil fehlen erhebliche Wissensgrundlagen (ZB Vorgehen bei Befundaufnahme mit Zeugen, zu wenig Kenntnisse im Gebührenrecht und über das Gerichtsverfahren allgemein).

Kriterien zur fachlichen Beurteilung

- **Beurteilung pro Frage:**
 - ▶ **Erfüllungsgrad der Antwort in Prozent**
 - ▶ **Bei nicht vollständig richtiger Beantwortung:**
 - ▶ Welche Antwort war –warum- falsch
 - ▶ Stellen Lücken in der Antwort so schwerwiegende Defizite dar, dass daraus geschlossen werden muss, dass grundlegende Kenntnisse (zwingende!) in dem FG fehlen?
- **Gesamte Beurteilung jeweils zu den FG**
 - ▶ **Kriterium 1: Falls grundlegende Lücken vorliegen, kann das FG unabhängig von den anderen Antworten nicht positiv beurteilt werden**
 - ▶ **Kriterium 2: Mindestwert (%) der Fragebeantwortung (gemittelt)**

HAUPTVERBAND der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen Österreichs



Landesverband Wien, Niederösterreich und Burgenland

Zertifizierung Manual

Oktober 2017

Dieses Manual soll Prüfende mit den Grundlagen der Zertifizierung und dem Prüfungsverfahren vertraut machen.

Personenbezogene Bezeichnungen beziehen sich auf **Frauen und Männer** gleichermaßen. Die gelegentlich ausschließliche Verwendung der männlichen Form ist **Konsequenz der** wortgetreu zitierten **Gesetzestexte**.

Zertifizierung von Sachverständigen

Das **Zertifizierungsverfahren** für Gerichtssachverständige schafft ein Qualitätskennzeichen für gute Sachverständigenarbeit.

Allgemein beeidete und gerichtlich zertifizierte Sachverständige sind Personen, die von den **Präsidentinnen und Präsidenten der Landesgerichte** als Zertifizierungsstellen nach einem eigenen Zertifizierungsverfahren in die **elektronische Liste** der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher (**Gerichtssachverständigen- und Gerichtsdolmetscherliste**) eingetragen werden.

Für diese Personen gilt das **Sachverständigen- und Dolmetschergesetz (SDG)**. Paragraphen ohne Angabe des Gesetzes beziehen sich in der Folge auf das SDG.

Eintragungsvoraussetzungen

Im Zertifizierungsverfahren sind folgende **Eintragungsvoraussetzungen** zu prüfen (§§ 2, 2a):

Im Begutachtungsverfahren:

- **Sachkunde**
- **Verfahrensrechtskunde** (Kenntnis der wichtigsten Vorschriften des Verfahrensrechts und über das Sachverständigenwesen)
- **Gestaltung der Befundaufnahme und Aufbau eines schlüssigen und nachvollziehbaren Gutachtens** auf dem betreffenden Fachgebiet (Gutachtensmethodik)
- **Berufserfahrung** in der vom Gesetz geforderten Art und Dauer: **zehnjährige**, möglichst berufliche **Tätigkeit in verantwortlicher Stellung** auf dem bestimmten oder einem verwandten Fachgebiet unmittelbar vor der Eintragung; eine **fünfjährige Tätigkeit** genügt, wenn der Bewerber ein entsprechendes **Hochschulstudium** oder Studium an einer **berufsbildenden höheren Schule** (zB HTL, HAK, höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalt) erfolgreich abgeschlossen hat.

Für den **geforderten Zeitraum** unmittelbar vor der Antragstellung ist daher **für jedes Fachgebiet** eine solche **eigenverantwortliche Tätigkeit** nachzuweisen, die als **Schwerpunkt** und **im Rahmen eines wesentlichen Anteils der Arbeitszeit** erbracht wurde. Die Befassung mit der Materie muss von einer **fachlichen Tiefe** sein, die aufgrund der dabei gewonnenen Erfahrungen eine **selbständige sachverständige Beurteilung** von einschlägigen Problemstellungen ermöglicht.

- **Ausstattung** mit der erforderlichen Ausrüstung für die konkrete Gutachterarbeit im betreffenden Fachgebiet

Sonstige Eintragungsvoraussetzungen:

- volle **Geschäftsfähigkeit**
- persönliche **Eignung** für die mit der Ausübung der Tätigkeit des Sachverständigen verbundenen Aufgaben
- **Vertrauenswürdigkeit**
- **österreichische Staatsbürgerschaft** oder Staatsangehörigkeit eines **EWR-Staates** oder der **Schweiz**
- gewöhnlicher **Aufenthalt oder Ort der beruflichen Tätigkeit** im Sprengel des Gerichtshofes I. Instanz, bei dessen Präsidenten der Bewerber die Aufnahme beantragt
- **geordnete wirtschaftliche Verhältnisse**
- Abschluss einer **Haftpflichtversicherung**

Vor dem **Hintergrund europarechtlicher Rahmenbedingungen** (Niederlassungsfreiheit, Freiheit des Dienstleistungsverkehrs) spielt der im Gesetz noch genannte **Bedarf keine Rolle mehr**. Die Zertifizierungsprüfung ist daher **keinesfalls eine Bedarfsprüfung!**

Zertifizierungsstellen

Als **Zertifizierungsstellen** sind die Präsidentinnen und Präsidenten der **17 Landesgerichte** tätig, die die **Gerichtssachverständigen- und Gerichtsdolmetscherliste** führen (§§ 2 Abs 1 und 3), in Wien die Präsidentin des **Handelsgerichts Wien** für die Fachgruppen 30 bis 99, die Präsidentin des **Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien** für Fachgruppen 01 bis 29.

Fachgruppen und Fachgebiete

Der **inhaltliche Umfang** der Tätigkeit von Sachverständigen wird in der **Fachgruppen- und Fachgebietseinteilung** beschrieben, die durch **Erlässe des Bundesministeriums für Justiz** geregelt ist. Diese so genannte **Nomenklatur** ist nach folgendem Schema aufgebaut:

Zunächst werden die Tätigkeitsbereiche in **Fachgruppen** eingeteilt. Jede Fachgruppe ist eine **Zusammenfassung von kleineren Teilgebieten**, die man **Fachgebiete** nennt. Fachgruppen werden mit zweistelligen Zahlen bezeichnet.

Beispiel: 02 Medizin

Alle Fachgebiete der Fachgruppe tragen die Zahl der Fachgruppe sowie eine weitere zweistellige Zahl, die das konkrete Gebiet bezeichnet.

Beispiel: 02.30 Neurochirurgie

Eine übersichtliche **Tabelle aller Fachgruppen und Fachgebiete** findet man auf der **Webseite des Verbandes** unter www.gerichts-sv.at/nomenklatur.html .

Für einzelne Gebiete haben die Sachverständigenverbände bereits **Prüfungsstandards** erarbeitet, denen eine nähere Umschreibung des Fachgebiets entnommen werden kann. Eine Zusammenstellung aller Standards finden Sie unter www.wien.gerichts-sv.at/ unter **Sachverständige – Prüfungsstandards**.

Einschränkungen und Spezialisierungen

Innerhalb der gewählten Fachgebiete bestehen weitere **Möglichkeiten der Differenzierung**:

- **Eingeschränkter sachlicher Wirkungsbereich** (§ 3a Abs 1): Darunter versteht man eine **engere Eingrenzung des Fachs**. Dies kann **auf zwei Arten** erfolgen:
 - „**Nur für: ...**“ bringt zum Ausdruck, **welchen Teil** des Fachs der **Zertifizierungsumfang umfasst**

Beispiel: 72.05 Tiefbau - Nur für: Kanalbau

- „**Nicht für: ...**“ bringt zum Ausdruck, **welchen Teil** des Fachs der **Zertifizierungsumfang nicht umfasst**

Beispiel: 02.60 Zahnheilkunde - Nicht für: Kieferorthopädie

- **Spezialisierung** (§ 3a Abs 3 Z 1): Die Wendung „**Insbesondere für: ...**“ bringt zum Ausdruck, dass das **gesamte Fachgebiet beherrscht** wird, dass aber **für ein Teilgebiet besondere Sachkunde und Berufserfahrung** besteht. Sie wird daher auch **vertieft geprüft**.

Beispiel: 02.11 Innere Medizin – Insbesondere für: Flugmedizin und Notfallmedizin

- **Eingeschränkter örtlicher Wirkungsbereich** (§ 3a Abs 3 Z 4): Mit „**Nur für: örtliche Beschränkung: ...**“ wird zum Ausdruck gebracht, dass die oder der betreffende Sachverständige **nur im Bereich eines oder mehrerer Landesgerichte** tätig sein möchte. Die Zertifizierung selbst bezieht sich dennoch auf das **gesamte Bundesgebiet**.

Beispiel: 94.10 Gewerblich oder industriell genutzte Liegenschaften (Baugründe) - Nur für: örtliche Beschränkung: Wien und NÖ

Antrag

Sachverständige dürfen nur auf Grund eines **schriftlichen Antrages** eingetragen werden (zum Inhalt siehe § 4). Dabei sind auch die erforderlichen **Voraussetzungen nachzuweisen**.

Vorprüfung der Präsidentin / des Präsidenten

Nach Einlangen des Antrags **prüft** die Präsidentin oder der Präsident des Landesgerichtes den Antrag darauf, ob die **Eintragungsvoraussetzungen** gegeben sind. **Fehlende Nachweise** haben ein **Verbesserungsverfahren** zur Folge. Bei **offensichtlichem Fehlen** der Voraussetzungen ist auch schon **in diesem Stadium** eine **Abweisung** möglich.

Kommissionelle Prüfung

Über das Vorliegen der **Voraussetzungen der Sachkunde**, der **Verfahrensrechtskunde**, der **Vorbereitung auf die Arbeit eines Gutachters**, der **Berufserfahrung** in der vom Gesetz geforderten Art und Dauer sowie der **Ausstattung** mit der erforderlichen Ausrüstung für die konkrete Gutachterarbeit **muss eine begründete Stellungnahme** einer Kommission (§ 4a - **Zertifizierungskommission**) **eingeholt werden**. (§ 4 Abs 2 vorletzter Satz).

Die **administrative Abwicklung der Zertifizierungsprüfung** obliegt dem jeweiligen **Landesverband** des Hauptverbands der Gerichtssachverständigen, dem zu diesem Zweck die Akten übermittelt werden.

Begutachtungskommission

Wesentliche Aufgabe der **unabhängigen Begutachtungskommission** ist die **Überprüfung der Einhaltung der inhaltlichen Standards** für gerichtliche Gutachterarbeit. Die von ihr erstattete **begründete Stellungnahme** soll die **Grundlagen für die Entscheidung** über die **Eintragung** schaffen.

Die **Mitglieder** der Kommission haben ihre Tätigkeit **unparteiisch** auszuüben (§ 4a Abs 2 erster Satz), das heißt ohne jede Interessenwahrung etwa für die sie entsendende Institution, um **objektive Prüfungsergebnisse** zu erzielen.

Den Vorsitz in der Kommission führt ein vom Gerichtshofpräsidenten bestimmter **aktiver oder pensionierter Richter**, der das Verfahrens- und Sachverständigenrecht prüft. Die zur Verfügung stehenden Vorsitzenden werden **gleichmäßig herangezogen** (§ 4a Abs 1).

Die oder der **Vorsitzende** beruft die **Kommission** ein und achtet dabei auf die erforderliche Sachkunde und auf die **volle Unbefangenheit** der Kommissionsmitglieder. Grundsätzlich werden **zwei** weitere **qualifizierte** und **unabhängige Kommissionsmitglieder** ausgewählt (Fachprüfende), die die erforderliche fachliche Kompetenz für die Prüfung der Sachkunde und der weiteren inhaltlichen Eintragungsvoraussetzungen haben. Bei der Bewerbung für **mehrere Fachgebiete** wird unter Umständen die Beiziehung von **mehr als zwei** Kommissionsmitgliedern notwendig sein.

Zur **Auswahl** stehen den Vorsitzenden **Prüferlisten** zur Verfügung. Die darin aufscheinenden Personen werden einerseits vom **Hauptverband der Gerichtssachverständigen**

gen, andererseits von der **Kammer**, zu der das betreffende Fachgebiet gehört, **namhaft gemacht**.

Die **Fachprüfer sollen nach Möglichkeit** für das betreffende Fachgebiet in der Sachverständigenliste **eingetragen sein** (§ 4a Abs 1 Z 1).

Praktisch erfolgt die Zusammenstellung der Kommission in der Form, dass die oder der Vorsitzende die **im Sekretariat des Verbandes aufliegenden Akten** studiert und aus den dort geführten **Prüferlisten** geeignete Personen auswählt.

Stellt sich beim Studium der Akten heraus, dass **Unterlagen fehlen** oder **sonstige Hindernisse** auftreten, setzt sich die oder der Vorsitzende mit der **Antragstellerin oder dem Antragsteller in Verbindung**.

Vorgangsweise bis zur Prüfung

Das **Sekretariat** des Verbandes koordiniert mit den ausgewählten Fachprüfenden **Prüfungstermine** und übersendet diesen **Kopien der Akten**. Haben die **Prüfenden Bedenken fachlicher** (hinsichtlich der Eintragungsvoraussetzungen oder der Unterlagen) **oder persönlicher Natur** (zB Befangenheitsgründe), teilen sie dies der oder dem **Vorsitzenden über das Sekretariat** mit. Die oder der Vorsitzende entscheidet darüber, ob und in welcher Form diesen **Bedenken Rechnung getragen** wird, etwa durch ein **Schreiben an die Antragstellerin oder den Antragsteller** oder durch **Berufung anderer Fachprüfender**.

Prüfungsvorgang

Die Kommission hat die Bewerberin oder den Bewerber **grundsätzlich mündlich** zu prüfen. Wenn dies zweckmäßig ist, ist **auch schriftlich** zu prüfen, wobei insbesondere die Erstattung eines **Probegutachtens** aufgetragen werden kann.

Der **Prüfungsvorgang** selbst wird durch die **Vorsitzende** oder den Vorsitzenden **geleitet**. Am **Beginn** sind folgende Schritte notwendig (siehe dazu auch das im Anhang wiedergegebene **Ablaufdiagramm**):

- **Prüfung der Identität der Kandidatin oder des Kandidaten**
- **Verifizierung des Zahlungsnachweises**
- **Vorstellung der Kommission**
- **Klärung von Vorbehalten** gegen die Kommission

Prüfungsfelder

- **Sachkunde**
- **Verfahrensrechtskunde**
- **Gestaltung der Befundaufnahme und Gutachtenserstattung** auf dem betreffenden Fachgebiet (**Gutachtensmethodik**)
- **Berufserfahrung** in der vom Gesetz geforderten Art und Dauer

- **Ausstattung** mit der erforderlichen Ausrüstung für die konkrete Gutachterarbeit

Von der Sachkundeprüfung sind gemäß § 4 Abs 2 Inhaber einer Lehrbefugnis für das betreffende wissenschaftliche Fach an einer Hochschule sowie **Ärzte, Zahnärzte, Dentisten, Ziviltechniker, Wirtschaftstreuhänder, Psychologen und Patentanwälte** befreit. Auch bei diesen Personen sind aber die **anderen** oben angeführten **Prüfungsfelder** (Verfahrensrechtskunde, Gutachtensmethodik, Berufserfahrung und Ausstattung) zu prüfen.

Modifikation des Eintragungsantrags

Dem **Antragsprinzip** folgend kann die Bewerberin oder der Bewerber den gestellten Antrag etwa aufgrund von vorgetragene Bedenken **einschränken**. Da es sich bei der **Zertifizierungsprüfung** notgedrungen um eine lediglich **stichprobenartige Überprüfung** von Kenntnissen handelt, wird man allerdings **nach Beginn der mündlichen Prüfung bis zu deren Ende keine Änderungen** mehr zulassen können.

Dokumentation

Die Kommission hat die **Prüfungsschritte zu dokumentieren** und eine **begründete Stellungnahme** zu erstatten. Sie **entscheidet** mit **Stimmenmehrheit**; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag (§ 4a Abs 2).

Für die Dokumentation steht ein **Formblatt für ein Prüfungsprotokoll** zur Verfügung. Die **Fachprüfenden** erhalten mit den übrigen Unterlagen auch ein Formular für die von ihnen **beabsichtigten Fragen**, das sie ausgefüllt zur Prüfung mitbringen.

Im Fall eines **negativen Prüfungsergebnisses** ist eine **konkrete Begründung wesentlich**. Die oder der Vorsitzende fordert den **Fachprüfenden** die **Gründe** für die negative Beurteilung ab und **vermerkt sie im Protokoll**.

Das Protokoll wird von den **Kommissionsmitgliedern** und von der **Kandidatin oder dem Kandidaten unterschrieben**.

Prüfungsgebühren, Vergütung

Die **Vergütung** für jedes Mitglied der Kommission beträgt € 100,00 je Prüfling und wird mit dem beim Protokoll befindlichen **Formblatt angesprochen**.

Rückstellung der Akten

Nach Abschluss der Prüfung werden die **Akten vom Sekretariat abgeholt**, geordnet und dem **Präsidium** des zuständigen Gerichtes **rückgemittelt**.

Weiteres Verfahren

Der entscheidende Präsident hat **über die begründete Stellungnahme** der Kommission nach § 4a **hinaus** alle ihm erforderlich scheinenden **Ermittlungen anzustellen** (§ 4 Abs 3).

Seit 1.1.2014 ist über den **Eintragungsantrag mit Bescheid zu entscheiden** (§ 4 Abs 3). Daher ist insbesondere im Fall einer **Ablehnung des Antrags** eine **nachvollziehbare Begründung** erforderlich. Gegen den Bescheid steht die **Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht** zu (§ 11). Die **Beschwerdefrist** beträgt **vier Wochen** (§ 7 Abs 4 VwGVG).

Vor der Eintragung ist der **Sachverständigeneid** zu leisten. Die Ablegung des Eides hat die **Wirkung**, dass Sachverständige, solange sie in der Sachverständigenliste eingetragen sind, bei ihrer Tätigkeit vor den Gerichten nicht besonders zu beeiden sind. Die Beidigung und Eintragung in die Sachverständigenliste (Zertifizierung) entfalten ihre Wirkung für das **ganze Bundesgebiet**.

Mit der Eintragung wird die Eigenschaft einer oder eines allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen erworben. Die **erstmalige Eintragung** in die Sachverständigenliste ist **auf fünf Jahre befristet**. Zur kontinuierlichen Qualitätssicherung kann die Eintragung danach **auf Antrag um jeweils fünf Jahre verlängert** werden (§ 6).

